

Gilmer Zeitung

Erscheint wöchentlich zweimal: Donnerstag und Sonntag früh.

Schriftleitung und Verwaltung: Bresernova ulica Nr. 5. Telefon 21. — Ankündigungen werden in der Verwaltung gegen Berechnung billigster Gebühren entgegengenommen. Bezugspreise: Für das Inland vierteljährig K 24.—, halbjährig K 48.—, ganzjährig K 96.—. Für das Ausland entsprechende Erhöhung. — Einzelne Nummern 1 Krone.

Nummer 97

Donnerstag den 9. Dezember 1920

2. [45.] Jahrgang

Deutschösterreich und die Entente.

Aus London kommt die Meldung, daß zunächst gar keine Aussicht auf Gewährung von Krediten für Deutschösterreich vorhanden sei. Der Plan Goodes über den wirtschaftlichen Aufbau Deutschösterreichs sei zwar günstig aufgenommen worden, allein nach der finanziellen Seite hin hätten sich unüberwindliche Schwierigkeiten ergeben. Gleichzeitig hat die Reparationskommission an Deutschösterreich die Mahnung zu größerer Sparsamkeit gerichtet und ihr auch eine Reihe von Ratschlägen für die Hebung der landwirtschaftlichen Produktion erteilt. Letztere sind ein Teil des Goodeschen Programmes, woraus hervorgeht, daß sich die Meinungsverschiedenheiten zwischen London und Paris tatsächlich nur auf die finanzielle Seite dieses Programmes beziehen.

Goodes schlägt unter anderem auch die Gründung einer neuen Notenbank vor, welche für Deutschösterreich Noten ausgeben soll, die, auf der englischen Parität begründet, zur Begleichung der deutschösterreichischen Auslandsbezüge dienen sollen. Es wäre das eine vollwertige deutschösterreichische Banknote, durch welche die deutschösterreichische Außenhandelsbilanz stabilisiert werden könnte. Heute ist diese Bilanz durchaus von den Schwankungen des Kronenkurses bestimmt. Jeder Punkt, um den der Kronenkurs sinkt, erhöht das deutschösterreichische Wirtschaftspassivum, mithin auch das Defizit im Staatshaushalt und man hat berechnet, daß der Verlust Deutschösterreichs durch den rein spekulativen Druck auf den Züricher Kronenkurs im Monat November allein über eine Milliarde beträgt. Durch die Schaffung einer solchen Auslandsnote würde das vermieden werden.

Den letzten Pariser Meldungen zufolge soll die französische Regierung auch gegen diesen Teil des Goodeschen Programmes keine grundsätzlichen Einwendungen erhoben haben; ob sie auch mit der Passierung der neuen deutschösterreichischen Note auf der Parität des englischen Pfunds einverstanden ist, ist nicht bekannt. Wahrscheinlich ist jedoch, daß sich hinter den finanziellen Bedenken Englands gegen den Goodeschen Plan politische Bedenken verbergen, die sich gegen die bisherige französische Donaupolitik im allgemeinen richten. Die Londoner leitenden Kreise scheinen auf dem Standpunkte zu stehen, daß eine wirtschaftliche Hilfe für Deutschösterreich erst dann mit Erfolg einsetzen könne, wenn man sich hinsichtlich Deutschösterreichs über gewisse allgemeine politische Richtlinien geeinigt habe, die alle politischen Experimente ausschließen, wie sie gerade in der letzten Phase der französischen Donaupolitik eine Rolle gespielt haben.

Daß England in letzter Zeit überhaupt ein starkes Interesse für Deutschösterreich belundet, wird ebenso allgemein bemerkt, wie die sich täglich stärker ausdrückende Tatsache, daß Frankreich nicht „der Lage ist, seine Sonderpolitik gegenüber Deutschösterreich durch eine, wenn auch noch so bescheidene finanzielle Hilfsaktion zu stützen.

Hungarns Anschluß an die kleine Entente.

Wie verlautet, sind die Verhandlungen zwischen Deutschösterreich und Ungarn auf direkten Wunsch der Entente aufgenommen worden. Die Entente hatte schon des öfteren der ungarischen Regierung gegenüber das Verlangen geäußert, daß auch Ungarn in die wirtschaftliche und handelspolitische Zirkulation aller Nachfolgestaaten eintreten möge. Dies ist jedoch nur in dem Maße möglich, wenn Ungarn aus seiner derzeitigen wirtschaftlichen Vereinsamung heraustritt und sich durch Handelsverträge in den wirtschaftlichen Ring der kleinen Entente einschaltet. Die jetzt angebahnten Wirtschaftsverhandlungen sind also nur der erste Schritt zu dem Eintritt Ungarns in die kleine Entente. Allerdings ist es noch nicht klar, wie die politischen und territorialen Gegensätze zwischen Ungarn und der kleinen Entente zu überbrücken wären, doch kann aus dem Umstande, daß sich in Ungarn immer mehr eine starke Strömung zugunsten des nationalen Königtums zeigt, was gleichzeitig ein Abrücken von den Habsburgern bedeutet, die Folgerung gezogen werden, daß nach Überwindung einiger Schwierigkeiten Ungarn den Weg zur kleinen Entente finden könne.

Den Verhandlungen mit Deutschösterreich werden sehr bald Verhandlungen mit Rumänien, der Tschechoslowakei und Jugoslawien folgen. Im Zusammenhang mit diesen Fragen ist die ungarische Regierung bestrebt, die valutarischen Verhältnisse raschest zu regeln, so daß für die Handelsverträge ein realer Boden geschaffen werden soll. Ungarn hat bisher nur mit Deutschland einen Handelsvertrag abgeschlossen, dessen Details aber der Öffentlichkeit nicht bekannt geworden sind, doch kann der ungarisch-deutsche Handelsvertrag nicht als ein endgültiger betrachtet werden, da er nicht dem ungarischen Parlamente zur Genehmigung vorgelegt wurde und nur infolge einer generellen Vollmacht, die die Regierung seinerzeit erhalten hat, abgeschlossen werden konnte.

Jugoslawien und Italien.

In der nächsten Zeit werden die wirtschaftlichen Detailverhandlungen zwischen Italien und Jugoslawien beginnen. Bei dieser Gelegenheit dürfte die Frage des Schutzes der italienischen Finanzinteressen in Jugoslawien und der ökonomischen Interessen Jugoslawiens in Italien einer eingehenden Erörterung unterzogen werden.

Das größte jugoslawische Bankunternehmen im julischen Venetien ist die Adriatische Bank (Zadranska Banka). An der Bank ist hauptsächlich Triester, jugoslawisches, ferner Fiumaner und dalmatinisches Kapital, in geringerem Maße auch Agrarer und Laibacher Kapital beteiligt. Es gibt ungefähr 260 jugoslawische Kommunalparlamente und Genossenschaften, nach dem System Schulze-Delevisch, sowie Raiffeisenkassen. Diese Genossenschaften unterstehen einer Zentralleitung in Laibach und Cilli. Die Vertreter Jugoslawiens werden voraussichtlich beantragen, daß diesen Genossenschaften die Gründung einer autonomen Genossenschaftszentrale im julischen Venetien gewährt werde. Die Triester slowenischen Spargenossenschaften verwalten Einlagen in der

Höhe von ungefähr 10 Millionen Lire. Alle diese Unternehmungen stehen gegenwärtig noch unter Behördlicher Aufsicht.

Ueber die Frage der Aufteilung der Seeschifffahrt ist schon in früheren Verhandlungen eine Einigung zwischen Italien und Jugoslawien zustande gekommen und es wurden ungefähr 250.000 Tonnen der ehemaligen österreichisch-ungarischen Handelsflotte, nämlich die Gesellschaften „Oceania“, „Dalmatia“ und „Angaro-Kroata“, sowie die Gesellschaft Račić & Co. und die „Raguzen“ zugesprochen. Von diesen Gesellschaften hat die Gesellschaft „Oceania“ eine Wasserverdrängung von 50.000 Tonnen, was unter Zugrundelegung von 1200 Lire per Tonne einem Werte von ungefähr 60 Millionen Lire entspricht. Die Hauptaktionäre dieses Unternehmens sind gegenwärtig größtenteils küstentländische Banken, ferner die Kroatische Eskomptebank, serbische Finanzinstitute und dalmatinische Kapitalisten. Die Dampfschiffahrtsgesellschaft „Dalmatia“ verfügt über einen Schiffsparc von 40 Personendampfern im Werte von ungefähr 35 Millionen Lire. Aktionäre sind die Zadranska Banka (Adriatische Bank) und dalmatinische Kapitalisten. Auch an zahlreichen anderen Schifffahrtsgesellschaften ist jugoslawisches Kapital — wenn auch in geringerem Maße — beteiligt. An der Schifffahrtsgesellschaft „Angaro-Kroata“ sind die Kroatische Eskomptebank und Fiumaner Kroaten interessiert.

Von Handelsunternehmungen besteht in Triest die Handels- und Transport-Gesellschaft „Balkan“ mit einem Aktienkapital von 1 1/2 Millionen Lire. Außerdem gibt es in Triest mehr als 30 angesehenere Kaufleute jugoslawischer Nationalität.

Von jugoslawischen Industrieunternehmungen sind hauptsächlich die Kalkwerke und Steinbrüche in der Gegend von Nabresina hervorzuheben. Ein großer Teil der ehemals krainischen Holzindustrie ist durch den Vertrag von Rapallo an Italien übergegangen. Ebenso geht jetzt das Quecksilber-Bergwerk in Idria, das Eigentum des jugoslawischen Staates war, an den italienischen Staat über. In Abbazia, das nunmehr Italien zugesprochen wurde, ist jugoslawisches Kapital, namentlich in der Hotelindustrie, betruagt, außerdem an der Gesellschaft „Duarnero“, welche unter anderem Eigentümerin der Abbazianer Wasserleitung ist die einen Wert von 8 Millionen Lire repräsentiert.

In einer am 10. August l. J. zwischen Italien, der Tschechoslowakei, Jugoslawien, Polen und Rumänien abgeschlossenen Konvention hatten sich diese Staaten verpflichtet, Industrieunternehmungen und Banken, die ihren Sitz in einem dieser Staaten haben, zu gestatten, durch fünf Jahre ihre Filialen in einem anderen der vertragsschließenden Länder aufrechtzuerhalten. In diesem Vertrage ist jedoch eine Vereinbarung darüber, an welchem Orte der Hauptsitz des Unternehmens liegen muß, nicht enthalten. Auch über diese Frage dürfte bei den italienisch-jugoslawischen Wirtschaftsverhandlungen beraten werden.

Marburger Brief.

Die Marburger Geschäftsleute wurden in den letzten Tagen auf das unangenehmste durch eine nachträgliche Kriegsgewinnsteuer, die bis in das Jahr 1914 reicht, überrascht. Diese Nachtragssteuer beträgt für Marburg allein über 20 Millionen, also eine ganz bedeutende Vermögensabgabe. Die Steuer wird auf Grund einer nur im Belgrader Amtsblatte erschienenen Verordnung vom 21. August 1920 vorgeschrieben, darin ist auch auf die Verordnung vom 6. April 1920 über die Kriegsgewinnsteuer, welche auch im Verlage der Gilmer Zeitung in deutscher Sprache erschienen ist, Bezug genommen.

Die Abgabe geht bis zu 75% jenes Mehreinkommens, welches der Steuerpflichtige in den Jahren 1914 bis 1919 mehr gehabt hat als im Jahre 1913. Wenn man hierbei noch berücksichtigt, daß die bereits bezahlte bedeutende Personaleinkommensteuer samt Zuschlägen nicht als Abzugspost behandelt wird, sondern noch zu den 75% hinzuzuschlagen ist, so ist es begreiflich, daß Entsetzen und Verzweiflung in allen Kreisen der Bevölkerung über diese Vorschriften herrscht.

Die Steuerpflichtigen sind einfach nicht in der Lage die horrenden Beträge, von denen die Hälfte schon binnen 30 Tagen zu erlegen ist, aufzubringen, da sie das verdiente Geld entweder verbraucht oder aber investiert haben, und diese Investitionen nicht momentan in Bargeld umwandeln können.

Die Steuervorschriften sind auch ungesetzlich, da der Finanzminister nicht berechtigt ist, derartig einschneidende Verfügungen ohne parlamentarische Genehmigung zu treffen; es ist ferner grundsätzlich unzulässig, daß bis in das Jahr 1914, wo noch keine Steuerhoheit seitens der heutigen Regierung über Slowenien bestand, Nachtragssteuern eingefordert werden. Einen Verwaltungsgerichtshof, welcher dazu berufen ist, ungerechte Verfügungen der Verwaltungsbehörden, also auch des Ministeriums, zu überprüfen und außer Kraft zu setzen, gibt es leider heute nicht.

Es wird daher Sache des Parlamentes sein, endlich einmal wie in jedem Rechtsstaate einen Verwaltungsgerichtshof ins Leben zu rufen, weiters aber diese Verordnung des Finanzministers außer Kraft zu setzen.

In jedem Falle ist es notwendig, daß die Steuerpflichtigen gegen die Vorschriften rechtzeitig Berufungen einbringen, um zu verhindern, daß sie in Rechtskraft treten.

Das hiesige Handelsgremium hat sich bereits der Sache angenommen und soll in ähnlicher Weise, wie dies die Effener Handelskammer bereits getan hat, eine gemeinschaftliche Aktion sämtlicher Handelskammern gegen dieses Gesetz, welches den Ruin des Wirtschaftslebens Sloweniens bedeutet, anregen und durchführen.

Die Wahlen sind hier in größter Ruhe verlaufen. Das eigentliche Marburg, das sind die angestammten Familien, in deren Händen auch der Hausbesitz ist und welche die größten Steuern und Lasten tragen, waren ohnehin nicht wahlberechtigt, da den Deutschen mit der Ausrede, daß sie ein Optionsrecht besitzen, das Wahlrecht nicht zuerkannt worden ist.

Aber auch dieser Wahltrick hat den herrschenden Parteien nichts geholfen. Im Gegenteil, das Ergebnis der Wahlen war ein lauter Protest gegen die derzeit herrschende Politik, gegen die Politik des Chauvinismus und der Gewalt.

Die Demokraten, welche in der gewiß freiheitlichen Stadt auf eine Riesenherrschaft rechneten, haben kläglich abgeschrieben. Das Hauptverdienst des Misserfolges ist wohl der heftigen Haltung des hiesigen demokratischen Organes Labor zuzuschreiben, welches Blatt alles, was über den Krähwinkelhorizont seines Schriftleiters hinausreicht und was in irgend einer Weise nach deutsch riecht, begeistert und besudelt.

Der Mauth der „Sieger“ ist verslogen, der Kagenjammer gekommen, ob aber auch die Vernunft endlich in die Reihen der hier Herrschenden einziehen wird, ist noch immer sehr fraglich.

Die hiesige Gemeindeparkasse, die früher blühte und wirksam die städtische Kasse und wohlthätige Unternehmungen durch die Ueberlassung des jährlichen Reingewinnes unterstützte, zeigt das Bild schrecklicher Verödung. Selten nur, daß sich eine Partei dorthin verirrt. Die fünfzehn neuangestellten Beamten wissen meist vor lauter Langweile nicht, was sie tun sollen. Das Vertrauen zu diesem Institute ist leider durch die verschiedensten Gerüchte, die im Umlauf sind, gänzlich erschüttert.

Es wäre wünschenswert, daß die Sparkasse, wozu sie verpflichtet ist, den letzten Jahresausweis veröffentlichen und eine genaue Revision namentlich bezüglich des Spesenkontos vornehmen würde.

Beruhigend hat die Nachricht gewirkt, daß der derzeitige Leiter, welcher früher einfacher Gemeindef sekretär war und sich selbst bei dem herrenlosen Zustande dieses Institutes in die fünfte Rangklasse avancieren ließ, wieder in die ihm gebührende neunte Rangklasse zurückversetzt sein soll.

Jedenfalls verlangt es das allgemeine Interesse, daß mehr Licht in das Gebaren dieser Anstalt kommt, damit das Vertrauen des Publikums zu ihrer früher so hoch geachteten Gemeindeparkasse wieder zurückkehrt.

Ueber die Verhältnisse des hiesigen Zollamtes werden die merkwürdigsten Vorkommnisse erzählt. Jedenfalls ist es sicher, daß dessen Angestellte außerordentlich gut leben und daß verschiedene Wanderdinge geschehen. Hierbei besteht jedoch die allgemeine Ueberzeugung, daß der Leiter ein außerordentlich gewissenhafter, pflichtgetreuer Beamter ist, der sich streng nach den Vorschriften hält, die aber eben den hiesigen Verhältnissen nicht angepaßt sind. Er selbst gilt als vollkommen unbeflehtlich, doch geht vieles gegen und ohne seinen Willen vor.

Hierüber nur einige kleine Beispiele:

Ein größerer Exporteur „vergaß“ den Scheck über eine hohe Summe beim Zollamtsleiter. Der Scheck wurde ihm selbstverständlich rückgestellt. Der verweigerter Transport der Ware erfolgte jedoch ohne Wissen des Leiters.

Ein größerer Kaffeehausbesitzer bemühte sich, die Einfuhrbewilligung für Tapeten zu erhalten, die ihm vom Zollamtsleiter unter Berufung auf die bezüglichen Vorschriften verwehrt wurde. Nach einiger Zeit war trotzdem das Kaffeehaus zum Erstaunen des Zollamtsleiters mit den verbotenen Tapeten tapeziert.

Einer hübschen Wienerin wurden Seidenstoffe, welche sie schmuggeln wollte, beschlagnahmt, sie selbst zu 60.000 Kronen Strafe und Zollnachzahlung verurteilt. Bald jedoch fuhr die Genannte, ohne Strafe gezahlt zu haben, weg und auch über die Seidenstoffe konnte sie verfügen. Der Zollamtsleiter erfuhr dies, die 60.000 Kronen mußten von dritter Seite erlegt werden. Die Seidenstoffe wurden als die angeblich konfiszierten bei einer hiesigen Firma gekauft und, als angeblich der Wienerin gehörig und beschlagnahmt, dem Zollamtsleiter weiter vorgelegt. Ob dieser von der Herkunft dieser Stoffe etwas wußte, ist nicht bekannt.

Ein Eisenbahner würde bereits vor mehr als zwei Monaten wegen Geldschmuggels für eine Bank inhaftiert. Die Bank selbst, bezw. deren Funktionäre waren in mangelhafter Weise in diesen Geldschmuggel verwickelt. Der umfangreiche Akt wurde zwecks Amtshandlung gegen den Eisenbahner von der Finanzbezirksdirektion an das Zollamt übermittelt. Beim Zollamte verschwand aber der Akt spurlos, so daß der arme Eisenbahner gar nicht einvernommen werden konnte und sich noch vor wenigen Tagen uneinvernommen im kreisgerichtlichen Gefängnisse befand. Die Amtshandlung gegen die Bank wird nun mangels eines Aktes auch nicht mehr stattfinden können.

Der unbeflehtliche Zollamtsleiter Oberinspektor Mitrovic hat um seine Enthebung angefragt und ist derzeit im Krankenstande. Welche Wunderdinge nun weiter beim Zollamte geschehen, wird man erfahren. Derzeit sind 56 Personen im kreisgerichtlichen Gefängnisse wegen Schmuggels inhaftiert.

Politische Rundschau.

Inland.

Die Beratung des Verfassungsentwurfes.

Der Ministerrat hat die Erörterung über die Hauptpunkte des Verfassungsentwurfes zu Ende geführt und sich in voller Einmütigkeit auf nachstehende Grundsätze geeinigt: Gegen die Beschlüsse der autonomen Landesauschüsse werden die Appellationsgerichte der betreffenden Provinz als Verwaltungsgerichtshöfe fungieren. Das Schulwesen wird verstaatlicht und einheitlich (d. h. von Belgrad aus) verwaltet werden. Die Staatsbürger ohne Unterschied der Nation und Gegend haben im Verhältnisse ihrer Mittel gleichmäßig die Staatslasten auf ihre Schultern zu nehmen. Als wichtigste Steuerquelle wird die progressive Einkommensteuer eingeführt, die von allen Zuschlägen befreit sein soll. Ein angemessenes Existenzminimum soll gesetzlich festgesetzt werden.

Die Geschäftsordnung der Konstituante.

Der Ausschuß, der mit der Ausarbeitung einer Geschäftsordnung für die Konstituante betraut wurde, hat seine Arbeit beendet. Diesen Bestimmungen zufolge wird die Konstituante bei Anwesenheit von einem Drittel der Abgeordneten, welche die Beschlüsse mit einfacher Mehrheit fassen werden, beschlußfähig sein. Nur für grundlegende Beschlüsse und für die schließliche Genehmigung der Verfassung wird verlangt, daß ein Abgeordneter über die Hälfte anwesend sein müsse. Die Konstituante wird außer einem Präsidenten drei Vizepräsidenten und neun Sekretäre aufweisen. Die Tagelder betragen 120 Dinar auf den Kopf jedes Abgeordneten; der Prä-

sident bezieht außerdem 2000, jeder Vizepräsident 1200 und die Sekretäre 600 Dinar monatlich als Funktionszulage. Die Volksvertreter werden also für ihre aufreibende Tätigkeit monatlich mehr als anderthalb Millionen Dinar erhalten.

Schwierige Mehrheitsbildung in der Konstituante.

Die Parteienzersplitterung und vor allem das Anwachsen der extremen Parteien bereitet in regierenden Kreisen arges Kopfschütteln. Verschiedene Kombinationen, wie die gesetzliche Zweidrittelmajorität für die Verfassung erreicht werden soll, tauchen auf und werden verworfen. Selbst das Gerücht, die Regierung wolle nochmals an die Bevölkerung appellieren und Neuwahlen ausschreiben, findet bei ersten Leuten Glauben. Das unabhängige Tagblatt Jugoslavija warnt aber vor einem solchen Versuche, weil Neuwahlen keine Besserung versprechen, sondern eher noch den Ruck nach links verstärken würden. Auch eine Abänderung der Wahlreform, für die sich übrigens wohl nur unsere sogenannten Demokraten begeistern könnten, hält das Blatt für ein sehr gefährliches und überdies zweckloses Experiment. Jugoslavija gelangt daher zu folgender, nach unserer Meinung durchaus zutreffender Schlussfolgerung: Es muß ein Kompromiß versucht und eine Verständigung angestrebt werden. Und zwar im schlimmsten Reste, bei Radic (dem kroatischen Bauernführer). Hier liegt für einen weitwichtigen Politiker trotz aller scheinbaren Unmöglichkeit der Schlüssel der Lage. Aber gibt es bei uns Staatsmänner, die dem Problem gewachsen wären?

Die Kärntner Unzukömmlichkeiten.

Vor einigen Tagen ist die amtliche Kommission, welche die vom südslawischen Delegierten der Volksabstimmungskommission Jovanovic behaupteten Unzukömmlichkeiten in Kärnten an Ort und Stelle zu untersuchen hatte, nach Belgrad zurückgekehrt und hat dem Finanzminister Stojanovic einen umfangreichen Bericht vorgelegt. Daraus geht hervor, daß die Anschuldigung des Delegierten Jovanovic auf Wahrheit beruht. Das Schimpfen auf die böen Deutschösterreicher wurde den patriotischen Zeitungen in Laibach, Marburg und Cilli überlassen, die ebenso patriotischen Funktionäre im Abstimmungsgebiete machten mit dem Feinde im geheimen blühende Geschäfte. Sie schmuggelten die zur Verteilung unter die slowenische Bevölkerung bestimmten Lebensmittel nach Deutschösterreich und zwar ohne Zoll und ohne Sicherstellung der Baluta. Genaue Angaben lassen sich mangels der notwendigen Aufzeichnungen nicht machen, doch wird die Menge der geschmuggelten Transporte auf mindestens 600 Waggons geschätzt. So wurde also erstens das eigene Volk um die ihm gewidmeten Nahrungsmittel geprellt, zweitens die öffentliche Moral durch das schlechte Beispiel der sogenannten Vertrauenspersonen aufs schwerste erschüttert, drittens der Staat um die Zolleinnahmen und um die sichergestellte Baluta geschädigt, viertens der Feind auf slowenische Kosten mit Mundvorrat versorgt und fünftens das Ergebnis der Abstimmung zu jugoslawischen Ungunsten beeinflusst. Diese Unzukömmlichkeiten sind in der Tat eine sehr traurige Sache und es wird notwendig sein, die aufgedeckte Fäulnis im Interesse des slowenischen Staates und Volkes mit einem glühenden Eisen auszubrennen. Man kann aber überzeugt sein, daß alle Schultragenden, welche anlässlich der Kärntner Abstimmung im geheimen ihre Suppe am Feuer jugoslawischer Begeisterung gekocht haben, in der Öffentlichkeit nach wie vor mit vollen Backen ins chauvinistische Horn blasen.

Unterjohleife beim Laibacher Postamt.

Der Offizial Milan Deteli, der zufolge Dekretes der Post- und Telegraphendirektion Laibach nach Massenfuß veretzt werden sollte, machte am 20. November seinen bitteren Gefühlen gegenüber dem Oberkommissar Dr. Janjekovic in folgenden Worten Luft: „Ehrliche Beamte werden verfolgt und entfernt, Diebe aber werden angestellt und im Dienste belassen.“ Diese Bemerkung machte den Vorgesetzten stutzig, er leitete eine Untersuchung ein, welche recht erstaunliche Dinge zutage förderte. In der Expeditionsabteilung waren mehrere junge Beamte und Beamtinnen tätig, welche aus den amerikanischen Briefsendungen die beigelegten Dollars entnahmen. Bisher wurde ein Abgang von weit über einer Million Kronen festgestellt. In der Rechnungsabteilung wurden Ausweise, Zahlungsscheine und Schecks gefälscht. Das Aera wurde um Hunderttausende von Kronen geschädigt. Die dritte Affäre, welche die Entwendung von Postwertzeichen (Marken)

im Betrage von 8000 K betrifft, ist infolge der verhältnismäßig geringeren Ziffer eigentlich kaum der Rede wert. Die Schuldtragenden wurden bereits hinter Schloß und Riegel gesetzt. — Ein Laibacher Blatt hat aus diesem Anlasse erklärt, die slowenische Presse habe kein Recht mehr, schadensroh auf die Korruptionsaffären in Belgrad hinzuweisen, da auch in Laibach genug stinkendes Material angehäuft sei. Diese Kritik trifft den Nagel wohl nicht auf den Kopf. Denn die Verfehlungen einzelner Menschen dürfen nie der Allgemeinheit zur Last gelegt werden, weder der Nation, noch der Partei, noch der Familie; schuld ist in erster Linie das System. Die Frage dreht sich nicht darum, ob Laibach oder Belgrad in Betracht kommt, sondern darum, ob Ordnung oder Unordnung geherrscht hat. Und beim Laibacher Postamt scheint es an der notwendigen Obergewalt und Kontrolle gar sehr gemangelt zu haben.

Englisches Interesse für Montenegro.

Wie das Agrarier Tagblatt nachträglich mitteilt, hatte die englische Regierung einige Tage vor dem 28. November zwei höhere Offiziere nach Cetinje entsendet mit dem Auftrage, die Wahlen in Montenegro zu beaufsichtigen. Das Blatt erklärt, daß eine solche Einmischung eines fremden Staates in unsere innerpolitischen Angelegenheiten sonderbar erscheinen müsse, zumal da England zur Wahrung der Rechte unterdrückter Völker ein näheres und ausgiebigeres Feld der Betätigung in Irland finden könne. Eine montenegrinische Frage existiere überhaupt nicht mehr, seitdem sich die beiden direkten Interessenten an der Adria, nämlich Jugoslawien und Italien, in Santa Margherita Ligure geeinigt haben. — Das ist gewiß richtig. Aber England kennt letzten Endes überhaupt nur eine Frage, sein eigenes Geschäft, und es hat ein Interesse daran, auf dem Balkan festen Fuß zu fassen und den wirtschaftlichen Einfluß der Konkurrenzstaaten in Jugoslawien zu verdrängen. Diefem Zwecke wird alles dienstbar gemacht, was irgendwie die Handhabe zu einer Einmischung in unsere Innenpolitik bietet, mag sich nun das Geschäft in der Öffentlichkeit als Schutz nationaler und konfessioneller Minderheiten, als Verteidigung des Selbstbestimmungsrechtes der Montenegriner oder sonstwie präsentieren.

Ausland.

Der deutschösterreichische Bundesrat.

Am 1. Dezember ist der deutschösterreichische Bundesrat zu seiner konstituierenden Sitzung zusammengetreten. Er bildet in gewissem Sinne die erste Kammer und repräsentiert, von den Landtagen gewählt, das föderative Element gegenüber dem aus direkten Wahlen hervorgegangenen Nationalrat. Mit diesem zusammen bildet er die Bundesversammlung, der jedoch nur zwei Funktionen obliegen: erstens die Entscheidung über Krieg und Frieden, und zweitens die Wahl des Bundespräsidenten und seine eventuelle Verfolgung. — In eigenen Wirkungskreise steht dem Bundesrat kein Recht unmittelbarer Mitwirkung an der Gesetzgebung zu. Hinsichtlich der Kontrolle ist er ebenso wie der Nationalrat befugt, die Geschäftsführung der Bundesregierung zu überprüfen, Aufklärungen von ihren Mitgliedern zu verlangen und Wünsche zu äußern. Auf gesetzgeberischem Gebiete steht ihm nur eine mittelbare Initiative zu, indem er durch den Bundeskanzler Anträge im Nationalrate stellen kann. Gegen Beschlüsse des Nationalrates ist er befugt, ein einmaliges Veto zu erheben, jedoch nur in solchen Fragen, die nicht den Staatshaushalt und die Staatsfinanzen betreffen. Sonst kommt dem Bundesrate nur noch die Mitwirkung bei der Wahl des Staatsgerichtshofes zu. Sein rechtlicher Wirkungskreis ist also ziemlich beschränkt, immerhin kann er sich einen bedeutenden Einfluß sichern, da ihm das uneingeschränkte Recht der Kritik zusteht; das hängt aber davon ab, ob die persönlichen Qualitäten der Bundesräte die der Nationalräte überragen.

Vorschläge zur Sanierung der deutschen Wirtschaft.

Die Europäische Staats- und Wirtschaftszeitung veröffentlicht Vorschläge des Generaldirektors H. Brückmann zur Sanierung der deutschen Wirtschaft. Er regt die Bildung besonderer Steuersyndikate an, die die Steuerbemessung unter die Bürger aufteilen sollen, um jede ungerechte Verteilung und jede Hintertziehung zu verhindern. Bezüglich der Ernährungsfrage wird die Einführung eines Reichsarbeitsdienstjahres zwecks Hebung der Produktion vorgeschlagen. In der Wohnungsfrage soll man nicht zu Zwangseinquartierungen greifen, sondern es hätten die In-

haber größerer Wohnungen jährlich einen entsprechenden Betrag zu leisten, der zur Herstellung neuer Wohnhäuser zu verwenden wäre.

Schlichtung von Meinungsverschiedenheiten in der Prager Nationalversammlung.

Bei der Budgetdebatte in der tschechoslowakischen Nationalversammlung kam es zwischen den tschechischen Parteien zu argen Meinungsverschiedenheiten, die durch das Zusammenprallen der Argumente zu einem ohrenbetäubenden Lärm gesteigert wurden und sich schließlich in einer regelrechten Keilerei entluden. Der frühere Minister und jetzige nationalsozialistische Abgeordnete Dr. Berensky war durch die Anspielung eines klerikalen Volksvertreters, daß er sich als Minister bei einem Fritzigesäfte die Hände habe schmierig lassen, soehr gereizt worden, daß er ohne viel Besten dem Gegner seine Fäuste als schlagende Gegenargumente ins Gesicht steck. Die Mitglieder der klerikalen Partei setzten sich aber für ihren Gefinnungsgenossen so erfolgreich ein, daß Dr. Berensky durch eine Seitentür die Flucht ergreifen mußte. Der gewesene Finanzminister Dr. Rasín brachte während der Debatte über das deutsche Schulwesen seine Abneigung gegen den Verhandlungsgegenstand dadurch zum Ausdruck, daß er die Zähne bleckte und zwischendurch die Zunge sehen ließ. Die Prager Bohemia, welche diese interessanten Vorfälle ausführlich beschreibt, glaubt das Gebaren des Dr. Rasín wie folgt entschuldigen zu müssen: Schließlich streckt der böhmische Löwe auf dem Wappen auch die Zunge heraus; und was dem doppelköpfigen Tiere recht ist, kann einem Rasín nur billig sein.

Die Einfuhr nach Sowjetrußland.

Die Mengen der Waren und Fabrikate, die nach Sowjetrußland eingeführt werden, nehmen dauernd zu und es kann festgestellt werden, daß die Einfuhr bereits ansehnlich ist. Ueber Petersburg, Narwa und Rewal sind in der letzten Zeit 52 Lokomotiven, 428.000 Sichel und Sensen, 400 Dampfpflüge, 2500 Nähmaschinen eingeführt worden. Die Lieferungen sind größtenteils Fabrikate der westeuropäischen Industrie, in erster Linie Deutschlands. Die Lieferungsverträge sind mit Genehmigung der betreffenden Regierungen abgeschlossen worden. In den letzten Tagen hat Sowjetrußland auf die Lieferung von 30.000 Sägen und 396.000 landwirtschaftlichen Werkzeugen und Geräte Bestellungen gemacht.

Amerikanische Stellungnahme gegen die Entente.

Die englischen Blätter veröffentlichen eine Note der amerikanischen Regierung, worin diese der englischen Regierung erklärt, sie werde England und Frankreich nicht gestatten, daß sie das große Gebiet, welches sie in diesem Kriege ihrem Feinde entrisen haben, als ihr eigenes wirtschaftliches Monopol ausnützen. Die Vereinigten Staaten erklären ferner an ihrer Politik dauernd festhalten zu wollen, der zufolge die fremden, im Kriege gewonnenen Gebiete so verwaltet sein werden, daß sie Angehörigen aller Nationen und ihrem Handel in gleicher Weise dienen.

Aus Stadt und Land.

Liedertafel. Wir machen nochmals auf die Liedertafel des Illier Männergesangsvereines am Samstag, den 11. d. M., im kleinen Saale des Hotels Union aufmerksam. Rich Abwicklung der Vortragsordnung legt ein Tänzerchen ein.

Richtigstellung. Man schreibt uns aus Laibach: In der Marburger Zeitung vom 28. November ist ein Aufsatz über die Philharmonische Gesellschaft in Laibach erschienen, in dem behauptet wird, daß die Gesellschaft sich im Jahre 1918 aufgelöst hat, bezw. daß sie im Jahre 1919 liquidiert wurde. Diese Behauptung ist unrichtig. Die Philharmonische Gesellschaft besteht vielmehr noch immer, doch ist ihr die Ausübung der Vereinstätigkeit bis auf weiteres untersagt worden. Gegen diese Verfügung und gegen die Eigenmächtigkeiten des zum „Aufsieber“ des Vereines bestellten Herrn Rajovic hat die Philharmonische Gesellschaft Beschwerde eingebracht, die der Erledigung harren. Da wir bekanntlich in einem Rechtsstaate leben, kann über den Erfolg dieser Beschwerden kein Zweifel bestehen, so daß die Gesellschaft in absehbarer Zeit ihre ruhmreichen Ueberlieferungen fortsetzen wird.

Sehen ohne Augen. The Daily News London, schreibt in einer Pariser Korrespondenz: „Eine ganz außerordentliche Ohymnuzug wies von

Dr. Faricoule von der Universität Paris in seinem soeben veröffentlichten Buche „La Vision extra-retinienne“ (Das Sehen ohne Netzhaut) aufgestellt. Es handelt sich um nichts Geringeres als um die Entdeckung der Möglichkeit, mit Hilfe der Hypnose Patienten zu befähigen, äußere Gegenstände, Farben, so gut wie Formen, unabhängig von den gewöhnlichen Sehorganen (Augen, Netzhaut und Sehnerv) wahrzunehmen. Das Sehen, sagt Faricoule, ist möglich durch die Haut des Gesichts und anderer Körperteile, und er erklärt das daraus, daß in der Epidermis gewisse mikroskopische Nervenenden vorhanden seien, die zwar seit ihrer Entdeckung durch Ranvier bekannt sind, aber erst von ihm als ebensoviele Augen, rudimentär, doch vollständig und mit dem Zentralnervensystem verbunden, aufgezeigt worden sind. Faricoule berichtet, wie er ganz willkürlich fünf Versuchspersonen wählte und wie der Versuch bei jedem der Fünf gelang. „Sie lasen Zeitungen mit der Nase, entzifferten Zahlen mit der Brusthaut und erkannten Möbel mit dem Rücken“. Der Verfasser glaubt, daß dieses Vermögen in allen Menschen latent ist und daß es vor dem okularen Sehen existierte, das zuletzt triumphiert und jenes unter die Schwelle des Bewußtseins verdrängt hat. Er behauptet, sein Vorhandensein nicht bloß in anderen, sondern nach vieler Nähe auch an sich selbst bewiesen zu haben. Seine Entdeckung müsse von anderen nachgeprüft und ergänzt werden; sie könne für die Blinden von unabsehbarer Wert werden.

14 Kinder, 121 Enkel. In St. Ulrich bei Gröden ist vor kurzer Zeit Frau Christine Kostner im Alter von 80 Jahren gestorben. Sie hinterließ 11 Kinder, drei sind bereits gestorben und von zehn verheirateten Kindern hat sie 121 Enkel, von denen noch dreißigjährig am Leben sind.

Tschechoslowakische Bieginier. Aus Brünn wird berichtet: Die bisherigen Bieginier, die für den Verkauf vorliegen, entstammen sämtlich den Vorräten der alten österreichischen Erzeugung. Die neue Erzeugung beginnt erst jetzt und wird die Tabakfabrik in Budweis ausschließlich Bieginier erzeugen, die Mitte nächsten Jahres zum Verkauf gelangen.

Krähwinkelhorizont. Die Prager Bohemia veröffentlicht einen Auszug aus dem in Berlin erscheinenden Tschechenblatte Zahranicni Cechoslovak über die letzten deutschfeindlichen Demonstrationen, in welchem es u. a. heißt: „In Böhmen kam es in der vorigen Woche zu bedauernden Begebenheiten, welche wir in Berlin und überhaupt im Ausland lebende Tschechen auf das schärfste verurteilen.“ Der Artikel schließt mit einem Aufruf an beide Nationen in der tschechoslowakischen Republik, daß die Heiberien den Interessen der Republik und beiden Nationen schaden. Dies sei der allgemeine Standpunkt und die Anschauung der Landsleute, welche einem Krähwinkelhorizont entwachsen seien.

Von einem tschechischen General erzählt die Prager Bohemia folgende wahre Geschichte: Kommt da so ein russischer Tschechengeneral durch eine der Straßen Prags und stellt auch richtig einen der Uniformierten, die es nicht für nötig hielten, ihn zu grüßen. „Mein Sohn,“ hub er an, „weißt du nicht, wer ich bin.“ „Oh ja, Sie sind der General X.“ „Und weißt du nicht, Bruder, daß du zu salutieren hast?“ „Nein.“ „Hat man dich denn nicht darüber belehrt, daß der gemeine Soldat jeden Offizier durch Salutieren zu grüßen hat?“ „Nein; ich bin ja gar kein Soldat, ich bin ja ein Feuerwehrmann.“

Die Matica Slovenska in Laibach und die Deutschen.

Aus Laibach wird uns geschrieben: Als nach dem Umsturz mit der Auflösung inländischer deutscher Vereine und mit der Wegnahme deutscher Vereinsheime begonnen wurde, hat man dieses Vorgehen, zu dem die Deutschen keinerlei Veranlassung gegeben haben, mit dem Vorwande zu entschuldigen versucht, daß die Deutschen im slowenischen Gebiete während des Krieges die Verfolgung slowenischer Parteigänger verschuldet und die Mißregelung slowenischer Vereine, darunter insbesondere die Auflösung der Slovenska Matica in Laibach, veranlaßt hätten.

Diese Behauptung entbehrt sicher einer genügenden Grundlage.

Es mag zwar vorgekommen sein, daß in der ersten Aufregung des Krieges gegen Slowenen, die sich schon vor dem Kriege auf die Seite Serbiens gestellt hatten, von einzelnen Heißspornen Anzeigen erstattet wurden, allein das waren Ausnahmen, für die man vernünftigerweise nicht alle Deutschen haft-



Ueberzeugen Sie sich, ob auch andere Seifen, die man Ihnen zum Kaufe anbietet, $\frac{1}{2}$ kg wiegen, wie die

Gemsen- und Seifenfabrik



Erste Marburger Seifenfabrik (vormals C. Bros) in Maribor.

bar machen kann. Wie mehrere Fälle aus der letzten Zeit, die in der slowenischen Presse behandelt wurden, zeigen, sind solche Anzeigen vielfach von slowenischer Seite selbst aus Parteilichkeit erstattet worden, was noch mehr verurteilt werden muß.

Da uns daran liegt, die vergiftete Atmosphäre, die noch immer eine vernünftige Auseinandersetzung über die Ausübung der nationalen Minderheitsrechte verhindert, zu reinigen, wollen wir heute nochmals auf jene vielbesprochene Angelegenheit der Slovenska Matica zurückkommen. Dieser rein literarische Verein hat kurze Zeit vor dem Kriege den Roman „Gospodin Franjo“ von Podlimbarski herausgegeben, der die Verhältnisse in Bosnien zur Grundlage hatte und später von der Staatsanwaltschaft in Laibach wegen Verbrechen des Hochverrates beschlagnahmt wurde. Die Beschlagnahme wurde vom Präsesenate des Laibacher Landesgerichtes, welchem, wenn wir nicht irren, ausschließlich slowenische Richter angehörten, bestätigt.

Diese Beschlagnahme bildete dann während des Krieges für die Behörde, auf welche die Deutschen während der Aera Stürgkh, wie allgemein bekannt, nicht den geringsten Einfluß hatten, den Anlaß zur Auflösung der Matica Slovenska. Später ist es den Bemühungen der slowenischen Abgeordneten gelungen, die Aufhebung dieser Verfügung zu erreichen.

Schon damals wurde von slowenischer Seite versucht, die Deutschen für die behördliche Auflösung der Matica Slovenska verantwortlich zu machen. Gegen diese Behauptung wandte sich eine Veröffentlichung im Grazer Tagblatt vom 18. Juli 1917, worin es heißt: „Wie uns von führender deutscher Seite aus Krain mitgeteilt wird, ist diese vom Ministerialsekretär Dr. Rudolf von Andrejka in die Welt gesetzte Behauptung (nämlich daß die Deutschen die Auflösung angeregt oder veranlaßt hätten) unrichtig. Vielmehr ist von slowenisch-kerikalischer Seite der Versuch unternommen worden, von der Regierung zu erwirken, daß das nicht unbedeutende Vermögen des in slowenisch-kerikalischen Händen gewesenen Vereines slowenisch-kerikalischen Zwecken dienstbar gemacht werde.“

Diese Richtigstellung, auf die der namentlich genannte Herr Dr. von Andrejka mit keinem Worte antwortete und die auch von anderer Seite nicht bestritten wurde, findet nachträglich Bestätigung von einer Seite, die in dieser Sache gewiß vollkommen unbefangene ist. Der ehemalige Präsident der Slovenska Matica, Herr Professor Dr. Jlesič, befaßt sich nämlich in der Nummer des Slovenski Narod vom 28. November mit der behördlichen Auflösung der Matica Slovenska und weist in Frageform ganz deutlich auf das Interesse hin, das die katholische Geogefellschaft in Laibach für das Vermögen des aufgelösten Vereines bekundet hat. Sie soll auch nach Angabe des Professors Dr. Jlesič über Auforderung der österreichischen Regierung ein Gutachten abgegeben haben, worin über die Matica in abfälliger Weise der Stab gebrochen wurde.

Unter diesen Umständen wird es wohl schwer sein, die Feinerzeit mit der größten Hartnäckigkeit vertretene Behauptung, daß die Deutschen bei der Auflösung der Matica Slovenska die Hand im Spiele gehabt und es auf deren Vermögen abgesehen hätten, aufrechtzuerhalten und wir erwarten von der slowenischen Öffentlichkeit, daß sie endlich einsehen wird, welches Unrecht man an den hierländischen Deutschen begeht, wenn man sie für Dinge, denen sie fernestehen, bestrafen will.

Wirtschaft und Verkehr.

Die zollfreie Ausfuhr von Fischen hat das provisorische Finanzkomitee mittels Entscheidung vom 30. Oktober 1920, Z. 63.333, für den Fall bewilligt, daß die Fische durch Fischer gefangen werden und daß die Exporteure Besitzer des betreffenden Fischwassers sind. In Betracht kommen Meerfische, welche in Massen gefangen werden, Thunfische, Makrelen, Sardellen, Süßwasserfische u. ä. Die Ausfuhr ist ohne Sicherstellung der Valuta gestattet.

Zoll auf chirurgische Apparate. Das wirtschaftlich-finanzielle Komitee hat angeordnet, daß bis zu weiterer Verfügung alle chirurgischen und

übrigen Instrumente und Apparate im Interesse der Volkshygiene nach dem Minimaltarif verzollt werden, ohne Rücksicht auf das Material, mit dem sie eventuell in Verbindung sind. Desgleichen wurde verfügt, daß alle Schachteln und Gefäße aus Papier, Karton, Glas und Porzellan, die sowohl Ernährungszwecken als auch dem Detailverkauf in Apotheken und Drogerien dienen, nach dem Minimaltarife zu verzollen sind, wenn sie von Apothekern und Drogisten importiert werden.

Letzte Nachrichten.

Die politische Achse im SHS-Staate.

Der kroatische Bauernführer Stephan Radić ist am 28. November dem Gefängnis entstrichen und infolge des glänzenden Wahlsieges seiner Partei vor das Rampenlicht nicht nur Jugoslawiens, sondern ganz Europas getreten. Sein Name wird bald auf dem ganzen Erdenrund bekannt werden. Er hat für den 8. Dezember eine Tagung seiner Partei nach Agram einberufen, für die sich im In- und Auslande das allergrößte Interesse kundgibt. Die Regierung hat den kroatischen Banus Dr. Laginja nach Belgrad zitiert und ihm genaue Weisungen für den Fall erteilt, daß es anlässlich der Versammlung der Bauernpartei zu staatsfeindlichen Äußerungen oder Kundgebungen kommen sollte. Das Armeekommando in Agram hat für den 8. Dezember Bereitschaft angeordnet, die Gast- und Kaffeehäuser dürfen während der Parteiversammlung keine berausenden Getränke verabreichen. In Erwartung der kommenden Dinge ist ein ganzer Schwarm von italienischen Journalisten in Agram eingetroffen, aber auch reichsdeutsche Blätter haben ihre Vertreter in die kroatische Hauptstadt entsendet. Selbstverständlich ist auch die führende Belgrader Presse nach Agram gewallfahrtet, um am Pulschlage Kroatiens den Gesundheitszustand des dreinamigen Königreiches abzumessen. Agram ist durch Stephan Radić sozusagen über Nacht die politische Achse im SHS-Staate geworden.

Selbständiger Beamter

Jugoslave, 25 Jahre alt, perfekt in der Lohnbuchhaltung, Bruderlade und Kasseführung, sowie in allen anderen vorkommenden Arbeiten, beherrscht mehrere Sprachen, wünscht seinen Posten ehestens zu verändern. Gefl. Anträge unter „Strebsam 26565“ an die Verwaltung dieses Blattes erbeten.

Mehrere Schreibische

sind zu verkaufen. Herrngasse Nr. 9 in der Tischlerei.

Schwarze Wolfshündin

18 Monate alt, sehr schön u. wachsam, wird um 600 K verkauft. Anfragen an Dr. Zirngast in Maribor, Kralja Petra trg Nr. 3.

Wohnung u. Kost

Ein oder zwei Fräulein werden aufgenommen. Adresse in der Verwaltung des Blattes. 26575

Vorzüglichen

Maschansker-Apfelmöste

hat abzugeben

Erwin Petritschek
Celje, Gut Freienberg.

Einkauf von altem Gold u. Silber

Gold- und Silbermünzen, Steinen und Perlen bei F. Pacchiaffo, Theatergasse Nr. 2.

Buchhalter

bilanzfähig, der deutschen und slowenischen oder kroatischen Sprache vollkommen mächtig, wird per 1. Jänner oder später für ein Unternehmen Maribors

gesucht.

Selbstgeschriebenes Offert in beiden Sprachen mit Zeugnissen in Abschrift, Angabe von Referenzen erbeten unter „Junge Kraft 26580“ an die Verwaltung dieses Blattes.

Tüchtige

Maschin-schreiberin

der slowenischen und der deutschen Stenographie mächtig, wird aufgenommen. Offerte mit Zeugnisabschriften an die Verwaltung dieses Blattes unter „Stenographin 26554“.

Zu kaufen gesucht ein gebrauchter grosser

Anker-Steinbalken

Anträge an die Verwaltung dieses Blattes. 26577

Amalie Hellmann

geb. Smolniker

Siegfried Peter Hellmann

Vermählte

Cilli — Gut Brandlin, Böhmen

Schöne

Konzertzither

zu verkaufen. Anfrage beim Stubenmädchen im Hotel Balkan.

Grosser, gefüllter

Reisekorb

und ein Brockhaus Konversations-Lexikon in 16 Bänden (vom Jahre 1882—1886) zu verkaufen. Anfragen in der Verwltg. d. Bl. 26576

6—8 Waggon

Hopfenstangen

waggonweise u. in kleineren Mengen prompt lieferbar „Ava“ tovarna, Laško.